Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post monatl. 9.25 Mk., vierteljährl. 24.75 M.k. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1103 u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4699.

Nr. 153. Halle, Sonntag den 3. April 1921. Einzelpreis 30 Pfg.

Großdeutschland.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Während in Ungarn die Legitimisten eine Königskrone blank putzen, deren Träger nicht aufhören könnte, ein neues Donaureich zu erstreben, erkennen sich die von Habsburg unmittelbar oder mittelbar bedrohten, wirklich zusammengehörigen Länder, bekennen sich Deutschland und Deutsch-Oesterreich zu der Gemeinsamkeit ihres Volkstums.

Am letzten Märztag hat der Präsident des deutschen Reichstags den Vorsitz im österreichisch-deutschen Völkerbund übernommen. Diese Kundgebung deutschen Gemeingefühls, schon als Tatsache von stärkster Wirkung, wird von Professor Ludo Hartmann, dem unbeirrbaren Kämpfer des Anschlußgedankens, noch durch besondere Mitteilungen erläutert. Am 24. April wird Tirol, zur gleichen Zeit Salzburg, etwas später werden auch Ober- und Niederösterreich und Steiermark sowie die Stadt Wien über den Ausdruck ihrer Zugehörigkeit zu Gesamtdeutschland abstimmen. Die Berliner Kundgebung vom 31. März ist ein Vorklang des nicht zweifelhaften Ergebnisses.

Es ist kein Zufall, daß diese Kundgebung zeitlich mit dem Abenteuer Karls von Habsburg-Lothringen zusammenfällt. Gerade weil das Unternehmen des früheren Königs doch mehr ist als die „Leharsche Operette", als die es Ludo Hartmann bezeichnete, weil es für die Entscheidungsabhängigkeit der österreichischen Deutschen eine sehr ernste Gefahr ist, durfte Deutschland, durfte Deutsch-Oesterreich nicht länger zögern, vor aller Welt seinen Willen kundzutun.

Die Willenserklärung ist unabhängig von den tatsächlichen Hindernissen, die sich dem „Anschluß" heute und morgen entgegenstellen. Die Reichsregierung kennt diese Hindernisse so gut, wie die deutsch-österreichische Bundesregierung sie kennt. Hinter dem Thronprätendenten Karl steht, die Gönnerschaft mit amtlichem Einspruch nur lose verhüllend, Frankreich. Die Friedensverträge von Versailles und St. Germain fordern die „Selbständigkeit" Deutsch-Oesterreichs — und mindestens Frankreich ist einstweilen entschlossen, diese Selbständigkeit zwar nicht nach Südosten, wohl aber nach Nord-n hin mit allen Mitteln zu wahren. Solange der Mächteverband an diesem Punkte der Friedensverträge festhält, kann weder Deutsch-Oesterreich den Anschluß vollziehen, noch Deutschland ihn herbeiführen; gibt es staatsrechtlich keinen Weg also, den über einen Beschluß des Völkerbundes und somit die Zustimmung Frankreichs. Das alles wissen wir. Dennoch . . .

Deutsch-Oesterreich bereitet nicht, wie die Habsburger, einen Staatsstreich vor; Deutschland hat niemals daran gedacht, die Volksgenossen sich „anzugliedern"; die Abstimmungen in den einzelnen deutsch-österreichischen „Ländern" haben weder den Zweck, noch können sie das Ergebnis haben, die Einheit des in St. Germain erzwungenen Staatsgebildes zu sprengen oder den Anschluß des ganzen gewaltsam durchzusetzen. Sie sind die Feststellung der Tatsache, daß die ungeheure Mehrheit der „Oesterreicher" sich dem deutschen Volkstum zugehörig fühlt, daß sie zu Deutschland will und daß nur Zwang von außen ihnen die Heimat vorenthält; nicht mehr und nicht weniger. Wenn der Bundespräsident Mayr das etwas kalte Wort gesprochen hat, der Anschluß sei eine Frage, die nicht von Deutsch-Oesterreich aus, sondern nur zwischen Berlin und dem Mächteverband erledigt werden könne, so ist das insofern, aber auch nur insofern richtig, als die äußeren Hemmungen nicht anders als durch Verständigung Deutschlands mit dem Völkerbund und seinen einspruchsberechtigten Mitgliedern zu beseitigen sind. Wie aber kann der Völkerbund überzeugt werden, wenn ihm nicht durch das Ergebnis der Abstimmung bewiesen wird, daß sechs Millionen Menschen die Vereinigung wollen, von der sie wider Recht und Notwendigkeit ausgeschlossen sind? Wir fordern Recht und nicht Macht, die uns alles entzogen, was ihnen als nicht deutsch galt, können uns das ganze Deutschland nicht weigern.

Aufhebung der Bewirtschaftung des Zeitungsdruckpapiers.

Das Reichskabinett hat nach Prüfung der durch die Entschließung der Zeitungsverleger vom 31. März geschaffenen Sachlage in seiner Sitzung vom 1. April beschlossen, die Bewirtschaftung des Zeitungsdruckpapiers mit Wirkung vom 1. April ab aufzuheben. Damit entfällt in Zukunft auch die amtliche Preisfestsetzung. Die Reichsregierung wird auch weiterhin durch äußerste Förderung der Produktion und durch straffe Handhabung der Ausfuhrkontrolle für Zeitungsdruckpapier dafür sorgen, daß der Inlandsbedarf der deutschen Presse sichergestellt bleibt.

Kämpfe in Oberschlesien.

Straßburg, 2. April. (Eig. Drahtnachricht.) Die Franzosen beginnen jetzt selbst einzusehen, daß ihre polenfreundliche Politik in Oberschlesien böse Früchte zeitigt. Nach einer Meldung der französischen „Agence du Rhin" gestaltet sich die Lage im Kreise Kattowitz immer gefährlicher. Es ist um die Bahnstrecke zu schweren Kämpfen zwischen Polen und Deutschen gekommen, die über 16 Stunden dauerten und bei denen Maschinengewehre in Tätigkeit traten. Es gab auf beiden Seiten Tote und Verwundete.

Bayern und die Entwaffnungsfrage.

Von amtlicher Münchener Seite wird folgende Mitteilung verbreitet: Der Vizekanzler Dr. Heinze übergab am 24. März dem bayerischen Ministerpräsidenten ein Schreiben der Reichsregierung, in dem die Mitwirkung der Staatsregierung bei der Durchführung des Pariser Entwaffnungsdiktats der bayerischen Einwohnerwehr gegenüber verlangt wurde. Der Stellvertreter des Reichskanzlers war danach beauftragt, den Standpunkt der Reichsregierung umgehend vor dem Kabinett nochmals auseinanderzusetzen und sich wegen der Durchführung der erforderlichen Maßnahmen mit der bayerischen Regierung in Verbindung zu setzen. Die Vertretung des Standpunktes der Reichsregierung vor dem bayerischen Kabinett durch den Vizekanzler im Auftrage der Reichsregierung war nicht möglich. Dagegen fand eine eingehende Aussprache zwischen dem Vizekanzler und dem Ministerpräsidenten statt. Ihren Standpunkt in der Entwaffnungsfrage hat die bayerische Regierung zuletzt in dem Schreiben an die Reichsregierung vom 8. Februar, das inzwischen veröffentlicht worden ist, dargelegt. Zu dem neuerlichen Schreiben der Reichsregierung wird sie Stellung nehmen, sobald die Kabinettsmitglieder wieder vollzählig in München anwesend sein werden.

Weitere Ersatzforderungen an Deutschland

Eine Note der Reparationskommission erklärt, daß auf Grund des Friedensvertrages die Möglichkeit gegeben sei, betreffs der Rentenfrage folgende Entscheidung zu treffen: Die Verwaltungskosten der Kriegspensionen und Kompensationen der gleichen Art sind nicht in den Schäden enthalten, für die ein Ersatz von Deutschland auf Grund des § 5 Anlage 1 Teil 8 des Vertrages von Versailles gefordert werden kann. Die folgenden Arten der Schäden werden als Kompensationen der gleichen Art wie die Kriegspensionen im § 5 Anlage 1 Teil 8 des Vertrages von Versailles betrachtet:

1. Die ärztlichen und chirurgischen Kosten und die Prothesen, die den militärischen Pensionären geliefert werden.
2. Die durch die Gründung der Zentralstelle der Verstümmelten und Invaliden hervorgerufenen Kosten.
3. Die Unterhaltungskosten der Kriegswaisen.
4. Die direkten Zuwendungen für die Witwen der Gefallenen und Vermißten.
5. Unterstützungen und Zuschläge für die Familien der gefangenen und vermißten Militärpersonen bei Berechnung der Höhe des Schadens, für den eine andere alliierte Macht als Frankreich auf Grund des § 5 Anlage 1 Wiedergutmachung verlangen kann, um die Gesetzgebung der betreffenden Macht mit zu berücksichtigen. Jede alliierte Macht ist demnach ermächtigt, Wiedergutmachung zu fordern für alle Arten von Pensionen und Kompensationen gleicher Art, wie sie von der französischen Gesetzgebung gefordert wird, und nur für diese Arten. Die Alliierten sind berechtigt, Kompensationen auf der Grundlage des französischen Kolonialtarifes zu fordern, sowie Pensionen und Kompensationen gleicher Art, wie sie für die farbigen Kolonialtruppen gezahlt werden, wenn die französische Gesetzgebung Anwendung gefunden hätte. Diese Berechnung findet keine Anwendung auf die regulären Truppen der Dominions und Britisch-Indiens für die Pensionen und Kompensationen, auf deren Grundlage der durch Gesetz vom 31. März 1919 festgesetzte Tarif berechnet wird.

Die Gewerkschaftsinternationale und die Reparationen.

In Amsterdam tagt Sonnabend und Sonntag eine Konferenz der in der Wiener Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen sozialistischen Parteigruppen, nämlich der deutschen unabhängigen Sozialisten, der englischen Independence Labour Party und der französischen sozialistischen Partei. Die deutsche Delegation besteht aus Breitscheidt, Dittmann, Crispien und Ledebour, die französische aus Longuet, Grumbach, Renaudel, Everard und Auriol. Die Namen der englischen Delegation stehen noch nicht fest. Die Einladung der Konferenz, die sich mit der Reparationsfrage beschäftigen wird, geht von den Franzosen aus, die einen ausgearbeiteten Plan über die Wiedererbauung der zerstörten Gebiete mitgebracht haben. Der Plan fordert ein Zusammenarbeiten der verschiedenen am Wiederaufbau interessierten Länder. Die französische Partei will auf Grund der in Amsterdam zu fassenden Beschlüsse in Frankreich eine große Campagne einleiten.

Der Wahnsinn der Sanktionen.

In der Freitag-Sitzung des tschechischen Senats ergriff auch der deutsche sozialdemokratische Senator Dr. Heller das Wort, um die traurigen Folgen der wirtschaftlichen Katastrophe zu schildern und fuhr dann fort: Und jetzt kommt, glaube ich, das Höchste, was wir erlebt haben, die Anforderung der Entente an die Tschecho-Slowakei, die Sanktionen gegen Deutschland einzuführen. Redner erklärt, er wolle nicht von den politischen und nationalen Folgen eines solchen Schrittes, sondern nur von der wirtschaftlichen Seite dieser Frage sprechen. Deutschland werde die 50 Proz. auf seine Preise aufschlagen, und nicht Deutschland, sondern die Tschecho-Slowakei werde diese 50 Proz. bezahlen. Es werde eine ungeheure Verteuerung der aus Deutschland eingeführten Artikel eintreten und damit eine neue wirtschaftliche und industrielle Krise. Deutschland werde sich eine solche Maßnahme wie die Strafsanktionen nicht ruhig gefallen lassen. Deutschland werde der Tschecho-Slowakei den ganzen Export und Import unterbinden. Das sei sehr leicht zu machen. Redner erklärte, daß der weitaus größte Teil des Exports und Imports der Tschecho-Slowakei, 80 bis 90 Prozent, nach Deutschland und Oesterreich gehe. Das Land befinde sich in einer furchtbaren Zweckmühle, auf der einen Seite ihre Freunde, die Alliierten, auf der anderen Seite ihre wichtigsten wirtschaftlichen Interessen. Aber wenn Hunger und Arbeit drohen, werde auch der tschechoslowakische Arbeiter, so treu er zu Frankreich stehe, sich fragen, ob er sich nicht lieber dorthin wende, wo er von diesen Gefahren befreit ist.

Eine Ablehnung der Entente.

Briand hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Botschafterkonferenz dem Vorsitzenden der deutschen Delegation am 29. März folgendes Schreiben gesandt: In Ihrer Note vom 19. März erneuern Sie den Protest, dem Sie schon in Ihrer Note vom 23. September Ausdruck gaben, gegen die Entscheidung der Kontrollkommission betreffs der Fabriken, die ermächtigt sind, in Zukunft Kriegsmaterial herzustellen. Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Frage endgültig durch die Entscheidungen des Obersten Rates vom 29. Januar geregelt wurde und das die Mächte nicht in eine abermalige Diskussion der Angelegenheit eintreten können.

Die deutschen Holzlieferungen an die Entente.

Zu der Rede von Loucheur am 30. März 1921 wird von zuständiger Seite mitgeteilt:

Es ist richtig, daß die französische Regierung durch Herrn Loucheur bereits Ende Juli 1919 die sofortige Lieferung von Baumaterialien (Fensterglas, 30 Millionen Ziegelsteine, 50 Millionen Dachziegel, 30 000 Tonnen Zement und Kalk) verlangt hat. Trotz der damit verbundenen Gefährdung des Inlandsbedarfes erklärte sich die deutsche Regierung zur Lieferung bereit und bat um Mitteilung, an welche Stellen die Lieferung erfolgen sollte. Eine Antwort auf dieses Angebot ist nie erfolgt.

Wie Herr Loucheur zu der Feststellung gelangt ist, daß Frankreich für 5 Milliarden Mark Sachlieferungen angefordert und Deutschland nur für 4 Millionen Mark geliefert habe, läßt sich bei dem Fehlen näherer Angaben nicht nachprüfen. Tatsache ist, daß bis Ende Februar 1921 die deutsche Aufbauvertretung in Paris der Reparationskommission Angebote auf die von der Entente überreichten Anforderungslisten in Höhe von 7,3 Milliarden Mark gemacht hat. Endgültig bestellt hat die Reparationskommission bisher nur in Höhe von 0,25 Milliarden Mark.

Auch bei den Baustoffen ist die französische Regierung mit ihren Anforderungen allgemein hinter den deutschen Lieferungsangeboten zurückgeblieben. Es wurden

	angeboten im Wert von Millionen Mark	angefordert im Wert von Millionen Mark
Zement für Schachtbauten	7,2	1,4
Teerdachpappe	5,2	5,2
Doppelsalzziegel	16,8	14,9
Fensterglas	220,—	nichts

Unzutreffend ist die Behauptung, daß Deutschland nicht annehmbare Preise für die Gutschrift auf Reparationskonto verlangt habe. Die deutschen Angebote haben sich stets erheblich unter dem deutschen Außenhandelspreis gehalten. Bei Holz hat die Reparationskommission Lieferungen zu Preisen gefordert, die weit unter dem Inlandspreise liegen. Trotzdem hat sich die deutsche Regierung zu dem Versuch bereit erklärt, durch allgemeine Ausschreibungen Holz zu den von der Reparationskommission festgesetzten niedrigen Preisen zu erhalten.

Die Rhein-Zollgrenze.

„Echo de Paris" erklärt: In der gestrigen Sitzung der Botschafterkonferenz machte der englische Botschafter Hardinge zu dem Entwurf der rheinischen Oberkommission über das neue Zollregime in den Rheinlanden einige Bemerkungen. In erster Linie bemängelte er die vorgesehene große Anzahl interalliierter Zollbeamten, die der französische Entwurf empfiehlt. Die Höhe dieser Zahl sei beschlossen worden nur um alliierte Kontrollbeamte zu unterhalten, die die Arbeit der deutschen Zollbeamten, die im Amte bleiben, überwachen sollen. Ferner ist festgesetzt, daß bei der Ausfuhr in das unbesetzte Gebiet nur eine statistische Gebühr erhoben werden soll, damit die rheinländische Produktion in Deutschland möglichst großen Umsatz findet. Dagegen sollen die aus dem unbesetzten Deutschland ausgeführten Waren ziemlich stark belastet werden. Um den Transitverkehr zu schonen, sollen neue Zolltarife in verschiedenen Etapp-n angewandt werden. Bevor von einer Etappe zur anderen übergegangen wird, hat die rheinische Oberkommission die verbündeten Regierungen anzuhören.

Falsche Gerüchte.

Am 7. April tritt das Preußische Abgeordnetenhaus wieder zusammen. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung steht die Wahl des Ministerpräsidenten für Preußen. Die verschiedenen Parteien halten natürlich schon vorher ihre Fraktionsberatungen ab. Die demokratische Landtagsfraktion wird bereits am 5. und 6. April über die wichtige Frage

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210403014/fragment/page=0001

beraten. In der Presse tauchen schon allerlei Gerüchte auf. Von einer Seite wird behauptet, die Sozialdemokratie sei nunmehr entschlossen, in eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei in Preußen einzuwilligen. Von der „Deutschen Tageszeitung" wird die Nachricht verbreitet, daß die Parteien der bisherigen Regierung sich dahin verständigt hätten, die alte Koalition aufrecht zu erhalten. Das deutschnationale Blatt gibt dabei der Erwartung Ausdruck, daß die Deutsche Volkspartei im Reiche daraus die gegebene Folgerung ziehe und die Durchführung der preußischen Pläne verteilen müßte. Alle diese Behauptungen sind falsch. Die Fraktionen und ihre Führer weilen noch in den Osterferien und haben seit der letzten Sitzung vor Ostern noch keine Fühlung wieder genommen. Am heutigen Sonntag wird, wie wir hören, eine Besprechung der Führer der alten preußischen Koalitionsparteien mit dem Reichspräsidenten Ebert stattfinden. Entscheidungen können aber erst getroffen werden, wenn die Fraktionen wieder in Berlin sind und untereinander Fühlung genommen haben. Bis dahin bleibt die Frage der Regierungsbildung und der etwaigen Neubildung von Koalitionen in der Schwebe.

Der Meinungstrust des Industriekapitals.

Dieser Tage schrieb das „B. T.": Die Bestrebungen des Industriekapitals, auf die Presse, direkt oder indirekt, einen immer größeren Einfluß zu gewinnen, sind nicht ganz neuen Datums mehr. Mittlerweile hat sich die Methode nur verfeinert. Man beantragt sich nicht mehr damit, einzelne Organe zu „kontrollieren", sondern versucht jetzt die hauptsächlichsten Nachrichtenquellen für die gesamte Provinzpresse, soweit sie eigene Berichterstatter im In- und Ausland zu halten, nicht in der Lage ist, in die Hand zu bekommen, um sie so dauernd, unauffällig, zu beeinflussen. Zuerst erwarb man das nach dem Wolffschen Telegraphenbureau bedeutsamste Nachrichtenbureau: die Telegraphen-Union, das bis dahin völlig neutral und tendenzlos gearbeitet hatte. Dann gliederte man diesem Unternehmen zwei führende parlamentarische Berichterstattungsbureaus an, die die Presse mit den Reichstags-, Landtags-, Reichsrat- und Reichswirtschaftsratsberichten und Stimmungsbildern versah. Bald darauf streckte man die Hand nach dem drittgrößten Telegraphen- und Korrespondenzbureau von Dr. Rudolf Dammert aus, beteiligte sich an dem Unternehmen, nachdem man erklärt hatte, daß sich an der bisherigen Haltung nichts ändern solle, und drängte jetzt Dr. Dammert hinaus, um völlig frei in der Gestaltung des Nachrichten- und Korrespondenzdienstes zu sein, so daß seit einigen Tagen auch diese Nachrichtenquelle industriekapitalistisch orientiert ist.

Im Allgemeinen treten diese Mitteilungen wohl zu. Der Dammert-Verlag ist in einen der Telegraphen-Union nahestehenden „Patria literarischer Verlag, G. m. b. H.", überführt worden. Wir hatten schon vor Monaten von den Ueberleitungsverhandlungen Kenntnis erhalten und obwohl diese Verhandlungen abgeleugnet wurden, unsere Verbindungen zum Dammertverlag gelöst und dessen Material schon seit September d. J. nicht mehr verwendet. Nach dem „Frankfurter Generalanzeiger" soll aber das uns bedienende Berliner Nachrichtenbüro „Dena" dem Zugriff des Industrieinteresses ebenfalls ausgesetzt sein. Nach unseren Informationen stimmt das jedoch nicht, sondern dieses Büro ist wirtschaftlich und politisch vollkommen unabhängig, sodaß uns wohl von dieser Seite keine Kuckuckseier ins Nest gelegt werden können. Die Versuche bestimmter Kreise, die Provinzpresse „hinzunehmen" vor ihren politischen Karren zu spannen, wird unsere Redaktion jedenfalls mit Aufmerksamkeit verfolgen; sie könnten sich leicht — um mit einem Worte Bethmann Hollweges zu sprechen — zu einem „Pistolenstoß der öffentlichen Meinung" auswachsen, das dem Volksganzen gefährlich wird.

Aufruf!

Noch immer behaupten führende feindliche Staatsmänner, Deutschland habe den Weltkrieg gewollt, ihn planmäßig vorbereitet und ihn allein verschuldet. Erst jetzt wieder hat Lloyd George die Forderung erhoben, daß Deutschland seine Schuld bekennen müsse, weil diese Schuld die Grundlage des Versailler Vertrages bilde. Alle Beweise für die Unrichtigkeit des gegnerischen Standpunktes, insbesondere alle Dokumente der zaristischen Vorbereitung des Weltkrieges werden die heute herrschenden Staatsmänner der Entente sicherlich nicht veranlassen, den Versailler Vertrag, dieses Werk machtpolitischen, überkapitalistischen und militaristischen Denkens abzuändern. Trotzdem muß der Kampf um die Wahrheit vom deutschen Volke mit aller Kraft aufgenommen und durchgeführt werden. Wir müssen das Ausland davon überzeugen, daß Deutschland mit jenem falschen und einseitigen Schuldurteil schweres Unrecht zugefügt wird. Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, daß, soweit nicht die Unzulänglichkeit des völkerrechtlichen Systems und seiner diplomatischen Methoden, sondern wirkliche Schuld bei der Entstehung des Krieges mitgewirkt hat, die Eifersucht der Großmächte und die allgemein verbreiteten imperialistischen und machtpolitischen Gedankengänge, die Entscheidungen grundlegend beeinflußt haben.

Dieses System und diese Anschauungsweise hätte man nach dem Weltkrieg im Wege einer ehrlichen Verständigung beseitigen können. Die Entente hat es anders gewollt und damit zweifelsfrei eine neue Schuld geschaffen.

Wir brauchen aber auch die Verbreitung der Wahrheit zur seelischen Stärkung des deutschen Volkes. Jeder Deutsche muß wissen, daß der feindliche Imperialismus und Kapitalismus ihm Unrecht zufügt.

Die Deutsche demokratische Partei hält es für vaterländische Pflicht, Aufklärung im In- und Ausland über die Schuld am Kriege zu verbreiten und die immer wieder kehrende falsche Behauptung zurückzuweisen und zu widerlegen, daß Deutschland allein die Schuld am Kriege trage. Sie hält sich auch im besonderen Maße für berufen und geeignet, diese notwendige Aufklärung und Abwehr zu übernehmen und durchzuführen. Die Deutsche demokratische Partei hat deshalb einen besonderen Ausschuß zur Bearbeitung der Schuldfrage geschaffen, die in wissenschaftlich politischen Kursen das gesamte vorliegende Material durcharbeiten, der Oeffentlichkeit durch die Presse unterbreiten und nach Möglichkeit an das Ausland heranbringen will.

Die Arbeit soll in keiner Weise parteipolitischen Charakter tragen. Sie soll nicht im Interesse der Deutschen demokratischen Partei, sondern lediglich im Interesse des deutschen Volkes getan werden. Deshalb ist zur tatkräftigen Förderung des Gesamtplanes, wie zur Teilnahme an den Kursen, über die noch Genaueres mitgeteilt werden wird, jeder willkommen, ohne Rücksicht auf seine Parteiangehörigkeit. Parteipolitisch wird es immer Unterschiede geben; aber in der Abwehr des Unrechts, das dem deutschen Volke zugefügt wird, wollen wir einig sein.

Zustimmungskundgebungen, ideelle und materielle Unterstützungserklärungen und Meldungen zur Teilnahme an den in den verschiedenen Landesteilen einzurichtenden Kursen werden erbeten an die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen demokratischen Partei, Berlin SW. 11, Bernburgerstraße 18.

Der demokratische Ausschuß zur Bearbeitung der Schuldfrage.

Dr. Hermann Fischer, M. d. R., Köln.
Prof. Dr. Gerland, Jena,
Prof. Dr. Götz, M. d. R., Leipzig,
Dr. Ludwig Haas, M. d. R., Karlsruhe.
Prof. Dr. Jaeckh, Berlin,
General Graf Montgelas, Berlin,
Prof. Dr. Schücking, M. d. R., Berlin.

Zwei Dankschreiben des Ministers Severing.

Wie der „Dena" von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat der Minister des Innern, Severing, in zwei Schreiben an die hervorragendsten Vorkämpfer des Deutschtums in Oberschlesien den Dank der Staatsregierung für die von ihnen geleistete Arbeit im Abstimmungskampf zum Ausdruck gebracht. Die Dankschreiben des Ministers haben folgenden Wortlaut:

I.

Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen, sehr geehrter Herr Doktor Quester, noch persönlich den besonderen Dank der Preußischen Staatsregierung für alles das auszusprechen, was Sie während des Abstimmungskampfes zur Deutscherhaltung des oberschlesischen Abstimmungsgebietes getan haben. Ueber die Größe und den Umfang Ihrer Verdienste bin ich mir vollauf im klaren, und ich weiß, wie sehr wir es gerade auch Ihrer unermüdlichen Tatkraft und Umsicht zu danken haben, daß sich bei der Abstimmung eine derartig überwältigende Mehrheit für Deutschland ergeben hat. Das Bewußtsein, für das deutsche Vaterland diesen Erfolg errungen zu haben, wird für Sie immer der schönste Dank sein. Es wird Sie wie die Staatsregierung mit besonderer Genugtuung erfüllen, diesen erhebenden Erfolg, der Oberschlesien dem Deutschtum erhalten wird, in erster Linie dadurch erlangt zu haben, daß wir uns im Abstimmungskampfe nur auf sittliche Kräfte gestützt und mit ihrer Hilfe den Sieg erfochten.

Gez. Severing.

An Herrn Dr. Quester in Kattowitz, Hotel Goltzner Stern.

II.

Nachdem die Abstimmung in Oberschlesien erfolgt ist, möchte ich nicht unterlassen, Ihnen, sehr geehrter Herr Landgerichtsrat, noch persönlich den aufrichtigsten Dank der Preußischen Staatsregierung für Ihre aufopferungsvolle und unermüdliche Arbeit im Interesse der Deutscherhaltung Oberschlesiens auszusprechen. Es ist mir bewußt, wieviel wir gerade Ihnen zu danken haben, und wie sehr der gewaltige Erfolg des Deutschtums bei der Abstimmung gerade Ihr Werk ist. Sie haben es in bewundernswerter Weise verstanden, in dem weitaus größten Teile der oberschlesischen Bevölkerung das Bewußtsein zu erhalten und zu beleben, daß ihre Zukunft am besten beim deutschen Vaterlande aufgehoben ist, auch wenn dies zurzeit schwere Prüfungen und Leiden durchleiden muß. Ihr Erfolg ist ein um so schönerer, als Sie die Sache des Deutschtums stets mit reinen Waffen verteidigt und den Abstimmungskampf nur mit geistigen Waffen geführt haben, die allein einen dauernden Erfolg zu gewähren vermögen. Ihr bester Lohn ist die Tatsache, daß das Deutschtum bei der oberschlesischen Volksabstimmung diesen gewaltigen Vorsprung zu erzielen vermocht hat, der Oberschlesien, wie wir zuversichtlich vertrauen, dem Deutschen Reiche erhalten wird. Mit lebhaftem Bedauern erfahre ich, daß die übermenschlichen Anstrengungen, denen Sie sich im Abstimmungskampfe unterzogen haben, Sie jetzt auf das Krankenlager geworfen haben. Mit dem Ausdrucke meines Dankes für alles, was Sie für Oberschlesien getan und geleistet haben, verbinde ich den aufrichtigsten Wunsch für eine baldige Genesung und völlige Herstellung Ihrer Kräfte.

Gez. Severing.

An den Vorsitzenden der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, Herrn Landgerichtsrat Ernst in Oppeln.

Selbstschutz der Eisenbahner.

Der Reichsverkehrsminister hat folgenden Aufruf an die deutschen Eisenbahner erlassen. Die beklagenswerten Ereignisse in Mitteldeutschland haben dem Personal und den Betriebseinrichtungen der Eisenbahnen schweren Schaden zugefügt. Durch verbrecherische Handlungen sind vielfach Beamte getötet oder zu Krüppeln geworden. Wer den politischen Kampf mit Bomben und Dynamit in das Eisenbahnwesen hineinträgt, der ist für die Eisenbahner eine schwere Gefahr, ein Feind, der ihnen an Leben und Gesundheit geht. Wer tückisch nachts die Einrichtungen der Bahn beschädigt, der wird zum Meuchelmörder insbesondere an jenen Beamten, die auf der Lokomotive und im Packwagen zu allerseit in sicheres Verderben gehen. Niemand hat das Recht, durch Anschläge gegen die Eisenbahn seine politischen Ziele zu fördern. Wer es tut, ist kein Politiker, sondern ein Verbrecher, der keine Schonung verdient. Die Eisenbahn ist auch kein Instrument, das sich zum Kampfe gegen die bestehende Verfassung mißbrauchen lassen muß. Die Eisenbahner erblicken in dem Betrieb, dem sie dienen, den wichtigsten Stützpfeiler unserer Volkswirtschaft und setzten auch ihren Stolz dafür ein, daß die begonnene Gesundung der Eisenbahnen ungehemmte Fortschritte macht. Wer daher verbrecherisch in den Betrieb eingreift, der greift den Eisenbahner auch in seiner Ehre an, ganz zu schweigen von den dadurch entstehenden Härten des Dienstes. Um all diesem Unheil zu steuern, rufe ich die gesamten deutschen Eisenbahner auf, mir zu helfen, sich selbst, die Bahnanlagen und den Betrieb jetzt und in Zukunft gegen solche verbrecherischen Eingriffe zu schützen. Den Eisenbahnern, die bereits in den letzten Tagen bei der Abwehr der Anschläge mitgewirkt haben, sage ich meinen wärmsten Dank in der Zuversicht, daß ihr Beispiel der richtig erkannten und freiwillig übernommenen Berufspflichten Allgemeingut der deutschen Eisenbahner wird.

Ausbruch des englischen Kohlenarbeiterstreiks.

Alle Einigungsverhandlungen zwischen den Grubenbesitzern und den Bergleuten sind gescheitert, der Bergarbeiterstreik ist mit voller Macht ausgebrochen. Es handelt sich diesmal um einen Streik, größer und bedrohlicher als jemals ein Streik in England zuvor. Das Land steht daher vor einer unsäglichen industriellen Katastrophe, wenn nicht bald eine Einigung zu erzielen ist. Mit größter Besorgnis blickt man in England der Konferenz des sog. Dreiverbandes, der Delegierten der Berg-, Eisenbahn- und Transportarbeiter entgegen. Die Eisenbahner betrachten ganz wie die Transportarbeiter auch die Haltung der Regierung gegenüber den Bergleuten als den Versuch zu einer allgemeinen Lohnherabsetzung. Sie erklären ganz offen, die Lage sei äußerst ernst, denn der Versuch der Regierung, die Löhne herabzusetzen, berühre nicht nur die Bergleute, sondern auch die Eisenbahnarbeiter, die Transportarbeiter und die meisten anderen Organisationen.

Deutsches Reich.

Ein großer Erfolg der deutschen Betonindustrie. Die Hamburger Firma Paul Kessel & Co. hat von der Stadtverwaltung Rotterdam ein Auftrag zur Ausführung von Kleinwohnungsbauten nach dem System „Schnellbau Kessel" in Höhe von rund 40 Millionen Mark erhalten. Die bekannte deutsche Betonfirma hat damit die holländische, belgische, englische und französische Konkurrenz siegreich aus dem Felde geschlagen.

Verkauf deutscher Schlepper in Dieppe. Die im Hafen von Dieppe zum Verkauf gestellten zehn deutschen Schlepper sind zum größten Teil in den Besitz einer Fischereigesellschaft aus Lorient übergegangen, die allein neun Schiffe käuflich erworben hat, das zehnte wurde nach Cherbourg verkauft. Der Verkauf der deutschen Schlepper brachte einen Erlös von 5 200 000 Franken, die auf Wiedergutmachungskonto gutgeschrieben wurden.

Verhandlungen über das deutsche Eigentum in Italien. Wie der „Tempo" erfährt, sind zwischen der deutschen und der italienischen Regierung Verhandlungen im Gange, um die Frage des deutschen Eigentums in Italien einer Lösung entgegenzuführen. Dem genannten Blatte zufolge haben sich die Verhandlungen auf folgender Grundlage abgespielt: Italien sollte das deutsche Privateigentum gegen Zahlung einer Pauschalsumme, seitens der deutschen Regierung in Höhe von 1 Milliarde papierlire zurückerstatten. Für die Zahlung der deutschen Summe seien Zahlungstermine vorgesehen, die sich über 5 Jahre erstrecken, außerdem hätten italienische Banken die Garantie zu übernehmen. Im Laufe der Verhandlungen, behauptet der „Tempo" weiter, sei die deutsche Summe ermäßigt worden im Charakter. Zu der Meldung des „Tempo" ist aber, wie bemerkt werden muß, inzwischen ein offiziöses Dementi ergangen.

Der Polizeipräsident von Berlin erläßt folgende Bekanntmachung: Das von mir auf Grund des Artikels 123 der Reichsverfassung unterm 29. März angeordnete Verbot aller Versammlungen unter freiem Himmel und aller Straßendemonstrationen habe ich hiermit auf.

Der Transportarbeiterverband, die organisierten Handelsarbeiter und die Schwertransportarbeiter sind in Frankfurt a. M. wegen Lohnforderungen ausständig.

Auslands-Rundschau.

Keine englisch-japanische Allianz. Reuter zufolge verlautet in britischen und japanischen Kreisen, daß die Gerüchte über die englisch-japanische Allianz vollkommen unwahr sind. Die Frage einer Erneuerung des Bündnisses sei von einer der beiden Regierungen aufgeworfen worden. Sowohl in Tokio als auch in London sehe man vollkommen ein, daß die Dominions das volle Recht haben, befragt zu werden, bevor irgendeine Aktion unternommen wird, und vor Zusammentritt der Konferenz der Dominions in diesem Sommer wird nicht das Geringste unternommen werden. Ganz abgesehen davon ist es klar, daß in dem Falle der Vertrag einer Abänderung gemäß den Bestimmungen des Völkerbundvertrags bedarf.

Monarchistenkomplott auch in Portugal. Auch Portugal sollte den Blättern zufolge wieder einmal mit einem monarchistischen Staatsstreich beglückt werden. Sämtliche Streitkräfte der Republik Portugal zu Lande und zu Wasser sind in Lissabon konsigniert worden, da man ein umfassendes monarchistisches Komplott aufgedeckt hat. Die Erhebung sollte in der Hauptstadt losbrechen, dann auf die Provinzen übergreifen, wo bereits allerorten monarchistische Komitees ins Leben gerufen waren. Hinter dem Putschplan kam man durch Verhaftung mehrerer namhafter Royalisten, unter denen sich der Graf Bertiandos befindet, unter der Monarchie Präsident der Pairskammer.

Provinzial-Nachrichten.

Burg, 2. April. (Die Umwandlung des Gymnasiums) in ein Reform-Realgymnasium ist vom Minister unter allem Vorbehalt genehmigt worden. — Direktor Dr. Herold ist zum Direktor des staatlichen Gymnasiums in Minden i. Westf. ernannt worden.

() **Freyburg an der Unstrut**, 2. April. (Zuwendung für Jahns Sterbezimmer.) Von Frau verw. Paul geb. Wasta in Bitterfeld wurde der Deutschen Turnerschaft eine Reihe Möbelstücke aus dem Besitze des Altmeisters für sein Sterbezimmer überwiesen, darunter das Sterbebett des Turnvaters. Die Spenderin war bis zum Tode der Frau Jahn in deren Haushalt tätig. Auch Geheimrat Dr. Albanus ist eine Ueberweisung zu danken. Mit der würdigen Ausstattung der historischen Stätte ist ein lange gehegter Wunsch der Turnerschaft in Erfüllung gegangen, der es von je ein Aergernis war, daß der Raum bisher als Spiel- und Kneipzimmer dienen mußte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210403014/fragment/page=0002

:: **Jena, 2. April.** (Dr. phil. Gustav Neuenhahn,) der langjährige Redakteur und Herausgeber der „Jenaischen Ztg.", beging am 30. März sein goldenes Doktorjubiläum. Die philosophische Fakultät der Universität Jena erneuerte dem Jubilar aus diesem Anlaß sein Diplom mit einem seine öffentliche Wirksamkeit anerkennenden Elogium.

Fulda, 2. April. (Die gefälschten Dankschreiben des Wunderdoktors.) Kaum ist die Kunde in die Oeffentlichkeit gedrungen, daß gegen den Wunderdoktor Müller-Czerny, zu dem täglich noch Hunderte nach Homburg strömen, Strafantrag wegen Betrugs gestellt sei, so regnet es jetzt Anträge bei Gericht auf Eröffnung des Strafverfahrens gegen den Mann. In allen Fällen wird Müller-Czerny Betrug, Erregung öffentlichen Aergernisses und Wucher vorgeworfen. Zahlreiche Personen, deren Namen in den „Dankschreiben" für erfolgte Heilung glänzen, wissen davon überhaupt nichts. Ein besonders krasser Fall wird aus Altenfeld in Thüringen berichtet. Aus diesem Ort soll Müller ein blindes Mädchen in einer Sekunde geheilt haben. Die Großmutter des Mädchens mußte ein Schriftstück unterzeichnen, in dem sie die Heilung der Enkelin bekundete, konnte aber den Inhalt des Schreibens nicht. Jetzt gibt der Gemeindevorstand von Altenfeld bekannt, daß aus der dortigen Gemeinde nicht eine einzige Person geheilt worden sei.

() **Frankenhausen am Kyffh., 2. April.** (Während der Pfingsttage) findet hier das 25jährige Jubiläum des Kyffhäuser-Technikums statt. Gleichzeitig hält der Allgemeine Deutsche Burschenbund die alljährlich hier seinen Verbandstag ab.

)(**Allstedt, 2. April.** (Einige Verhaftungen,) die mit den kommunistischen Unruhen aufs engste in Verbindung gebracht werden müssen, konnten in den letzten Tagen hier vorgenommen werden. So wurde am Sonnabend ein Kurier der roten Armee, der einige 20 000 Mark Geld bei sich hatte, verhaftet. Am 1. Feiertag früh konnte ferner ein junger Mensch, den ein mit Kommunisten besetztes Auto zur Spionage hier abgesetzt hatte, in Sicherheit gebracht werden. Desgleichen wurden drei Sanitäter der roten Armee, die sich von ihr entfernt hatten, in Gewahrsam genommen, jedoch bald wieder entlassen.

Staßfurt, 2. April. (Dynamitattentat in Staßfurt.) Donnerstag abend nach 10 Uhr ertönte hier eine heftige Detonation. Nachforschungen ergaben, daß im Keller eines Hauses der Aschersleber Straße, wo ein Betriebsingenieur der Firma Sauerbrey A.-G. wohnt, eine Sprengladung zur Entzündung gebracht worden war. Lediglich der ungeschützten Art, mit der der Anschlag ins Werk gesetzt worden ist, darf es zugeschrieben werden, daß ein größerer Schaden am Gebäude nicht eingetreten ist. Personen sind nicht verletzt worden. Die Firma hat zur Ermittlung des Täters 5000 Mark ausgesetzt.

Sondershausen, 2. April. (Nach einem Anschlag gegen die Eisenbahn.) In der Nacht zum Donnerstag wurde versucht, auf dem Bahnkörper zwischen Stockhausen und Gawerschaft Glückauf die Schienen mit Dynamit zu sprengen; der Versuch mißlang jedoch. Wie der „Deutsche" erfährt, hatten die Stockhauser Kommunisten in einer Zusammenkunft beschlossen, sich an der Aufruhrbewegung nicht aktiv zu beteiligen, jedenfalls aber auf dem Posten zu sein und für den Fall von Truppentransporten die Bahnlinie zu unterbrechen. Obgleich nun Truppentransporte die Strecke Erfurt—Nordhausen nicht befahren haben, ist der Versuch zur Sprengung der Schienen doch unternommen worden.

Dresden, 2. April. (Einbruch in das Hauptzollamt.) Einbrecher verschafften sich in der Nacht Einlaß in die Räume des Hauptzollamtes in Dresden, wo sie mehrere Schränke erbrachen und einen großen Posten Steuerzeichen für Zigaretten und Zigarren im Werte von 200 000 Mark raubten.

Greiz, 2. April. (Streik der Schneidergehilfen.) Die hiesigen Schneidergehilfen sind in den Streik eingetreten. Sie fordern die Erhöhung des Stundenlohnes von 4,25 Mark auf 5 Mark.

Koburg, 2. April. (Eröffnung des neuen Landgerichts.) Im festlich geschmückten Sitzungssaale des ehemaligen Ministerialgebäudes, das als Landgericht eingerichtet ist, fand heute vormittag durch den bayrischen Justizminister Dr. Roth die feierliche Eröffnung des neuen Landgerichtes Koburg statt. Anwesend war eine Anzahl Herren des Koburger Justizministeriums, des Landgerichtes Bamberg sowie sämtliche Koburger Justizbeamten. Die Koburger Landtagsabgeordneten, der ehemalige Koburger Ministerialchef und der Oberbürgermeister der Stadt Koburg, Justizminister Dr. Roth und Landgerichtspräsident Höpfel hielten Ansprachen.

Rudolstadt, 2. April. (Der diebische Arbeitslosenrat.) Dem Arbeitslosenrat wurde von der Stadtverwaltung im neuen Rathaus ein Raum zu Büromzecken überlassen. In diesem war auch ein Schrank der Priv. Schützengesellschaft untergebracht. Zwei Mitglieder des Arbeitslosenrats, darunter der Vorsitzende, erbrachen nun diesen Schrank und entwendeten daraus zwei Gewehre, die sie auf dem Grundstück eines Turnvereins versteckten. Als die Sache herauskam, wurden die beiden verhaftet, nach Feststellung des Tatbestandes aber wieder in Freiheit gesetzt. Die Verhaftung der beiden Diebe erregte gewisse Kreise innerhalb der Arbeitslosen so sehr, daß Donnerstag nachmittag mit der Erstürmung des Rathauses gedroht wurde. Die in Gruppen auf dem Marktplatz Herumstehenden besannen sich aber etwas anders, denn gegen Abend war derselbe ziemlich leer.

Sport der „Saale-Zeitung".

Rennen zu Magdeburg.

Sonnabend, den 2. April.

1. Eröffnungs-Rennen (16 000 Mark, 1350 Meter): 1. Prinzeß Bumsie (Schmidt), 2. Famos (Huguenin), 3. Mint Fiß (Seiffert). Tot.: Sieg 23, Platz 12, 17, 12 : 10. Ferner liefen: Seekt, Halbmond, Snob, Valeria.

2. Preis von Mansbach (16 000 Mark, 2000 Meter): 1. Palme (Huguenin), 2. Argelul (Hellebrandt), 3. Anemone (Schmidt). Tot.: Sieg 75, Platz 20, 16 : 10. Ferner liefen: Matraxiraq, Belladona, Saint.

3. Flieger-Ausgleich (16 000 Mark, 1400 Meter): 1. Deutschritter (Kaiser), 2. Orkus (Hellebrandt), 3. Grizzlybär (Ludwig). Tot.: Sieg 62, Platz 31, 26 : 10. Ferner liefen: Sagnot, Olala, Brise.

4. Optimist-Rennen (20 000 Mark, 1000 Meter): 1. Loise (O. Müller), 2. Anzilope (Huguenin), 3. Leopardos (Seiffert). Tot.: Sieg 46, Platz 10, 10 : 10. Ferner lief: Allerliebste.

5. Malun-Ausgleich (16 000 Mark, 1600 Meter): 1. Konrad Heidt), 2. Reinweiß (Blume), 3. Schweizermühle (Theilemann). Tot.: Sieg 71, Platz 19, 19, 17 : 10. Ferner liefen: Eberesche, Ramalos, Perseus, Fohn.

6. Maimar-Rennen (16 000 Mk., 1350 Meter): 1. Jof Effendi (Jenzsch), 2. Linland (Hellebrandt), 3. Schadenfreude (Konrad). Tot.: Sieg 16, Platz 13, 17 : 10. Ferner liefen: Villago, Denfi, Major.

VIALONGA-
Wurmperlen-Zäpfchen-Balsam
anerkannt gute Präparate gegen Spul- und Madenwürmer
Erhältlich in allen Apotheken.

Beim Einkauf von Zahnpulver und Zahnpasta verlangen Sie immer Zahnarzt Bahr's Nr. „23"
Die Zahnpflegemittel nach zahnärztl. Vorschrift.
A. Steinbach, Königstr. 14. Oskar Müller jun., Obere Leipzigerstr. 63. B. Gerthold, Gr. Steinstr. 48. Max Kähler, Rannischestr. 2. Moritz-Dreyserie, Friedrichplatz

Voraussagen für die Sonntagsrennen.

Magdeburg.

1. R. Anker—Rih. 2. R. Gestüt Plänzig—Schadenfreude. 3. R. Indling—Mina. 4. R. Konrad—Armenier. 5. R. Antilope—Fontafee. 6. R. Jof Effendi—Mensa.

Karlshorst.

1. R. Marksheider—Stronom. 2. R. Milton—Wetterscheide. 3. R. Minorca—Mardonius. 4. R. Signorelli—Hinst. 5. R. Lallo—Biedermann II. 6. R. Noldremie—Radiola. 7. R. Ordensritter—Smaragd.

Dortmund.

1. R. Raptator—Lucretia. 2. R. Retter—Siegbert. 3. R. Rosenbusch—Baldur. 4. R. Rottalmünster—Nelson. 5. R. Parma—Tradition. 6. R. Wag' es—Landsknecht. 7. R. Irene—Berber.

Die Hockenabteilung des V. f. L. Halle 96 hat eine ehrenwerte Einladung erhalten. Der erste Sportverein Jena, welcher am 17. 4. aus Anlaß des Stiftungsfestes seiner Hockenabteilung ein Hocken-Pokal-Turnier veranstaltet, hat zu diesem Tage außer dem V. f. L. Halle 96 noch den Ersten Hocken-Klub Nürnberg sowie A. S. C. Leipzig verpflichtet. Desgleichen beteiligt sich der gastgebende Verein an den Wettkämpfen. Wenn auch Halle 96 wenig Chancen besitzt, siegreich aus dem Turnier hervorzugehen, so bleibt trotzdem die Einladung eine hohe Auszeichnung für den hiesigen Verein. Der erste Sportverein Jena revanchiert sich hiermit für die im Herbst v. J. an ihn ergangene Einladung zum seinerzeitigen Sportfest des V. f. L. Halle 96.

Die zu heute vereinbarten Spiele fallen sämtlich aus.

Die Sanktionen

der Entente, die vom 1. Mai ab in erhöhtem Maße zur Anwendung kommen sollen, um das geknechtete Deutschland zur Anerkennung unerfüllbarer Bedingungen zu zwingen, machen es jedem Staatsbürger zur Pflicht, sich über die Vorgänge auf politischem und wirtschaftspolitischem Gebiete zu unterrichten. Der zuverlässige Aufklärer und Führer ist die

Saale-Zeitung

Vermischtes.

Am hellichten Tage wurde in der Nähe des Reichstages zu Berlin ein Raubüberfall verübt, dem die 52jährige Händlerin Anna Schmidt aus der Lehniner Straße 9 zum Opfer gefallen ist. Die Ueberfallene, die mit ihrem Bruder in der Fruchtstraße ein Geschäft betreibt, befand sich auf dem Wege zu einer Kohlenfirma am Reichstagsufer, um dort eine Lieferung in Höhe von 65 000 Mark zu bezahlen. Als sie die Ecke des Reichstagsufers und der Sommerstraße erreicht hatte, griff ihr plötzlich ein junger Mensch an das Handgelenk und hielt sie fest. Zugleich versetzte ihr ein zweiter Mann, den sie zunächst nicht gesehen hatte, einen Schlag auf den Rücken, der die Lungengegend traf und so heftig war, daß ihr auf einen Augenblick der Atem ausging. Die Ueberfallene konnte sich jetzt nicht mehr zur Wehr setzen. Als sie sich wieder erholt hatte, sah sie die Räuber mit der Aktentasche, in der sich das Geld befand, in der Richtung nach dem Tiergarten davonlaufen. Einen dritten jungen Mann, den sie in der Nähe sah, machte sie auf die beiden aufmerksam und bat ihn, sie zu verfolgen. Das tat der Mann auch, aber wohl nur zum Schein. Auch er verschwand und kam nicht wieder.

Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich auf dem Rosdorfer Werk der Odenwalder Harstein-Industrie durch vorzeitige Entladung eines Sprengschusses. Vier Arbeiter wurden verschüttet und getötet. Die Leichen wurden geborgen.

Ein Verbrechen nach zwei Jahren aufgedeckt. Die Leiche des Landwirts Legeland in Bocholt, der vor zwei Jahren angeblich an einem Sturz zu Tode gekommen war, ist ausgegraben worden. Die Untersuchung hat den dringenden Verdacht ergeben, daß Legeland von seinem vor kurzem wegen Gattenmordes verhafteten Schwager Elting in Liedern durch Beilhiebe ums Leben gebracht worden ist.

Ins Irrenhaus geflüchtet. In die Villa eines hiesigen Großindustriellen in Turow-Pleskow war im November v. J. ein Einbruch verübt worden, bei dem den Dieben Silbersachen und Teppiche im Werte von 150 000 Mark in die Hände fielen. Von den Tätern war zunächst keine Spur zu finden. Jetzt tauchte plötzlich das Silberzeug auf. Als es zum Verkauf angeboten wurde, beschlagnahmte es die Kriminalpolizei und stellte dabei fest, daß die Täter ein Schankwirt Hermann, ein gewisser Kwilitsch und ein Hermann Schmidt waren. Als Hermann und Kwilitsch verhaftet worden waren und Schmidt nun seine Verhaftung voraussah, begab er sich in ein Irrenhaus, wo er früher zur Beobachtung untergebracht war.

Ein blauer See, der rot wird. Eine merkwürdige Naturerscheinung ist den Blättern zufolge in Mantua, unweit der französisch-westschweizerischen Grenze, aufgetreten. Der Spiegel des Sees von Mantua hat sich plötzlich um einen Meter gesenkt. Infolge eines sonderbaren optischen Phänomens, das noch nicht geklärt ist, hat der See jetzt seine bisherige blaue Färbung verloren, die in ein nahezu völliges Rot übergegangen ist. Man glaubt dies auf die Farbe der Felsen zurückführen zu können, die den See umsäumen.

Die Bezeichnung „Bache" eine strafbare Beleidigung. Wie aus Dijon gemeldet wird, hat das dortige Zuchtpolizeigericht einen Tischler, der einen Sergeanten der Gendarmerie mit der Bezeichnung „Bache" bedacht hatte, zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. — Ob man wohl nun, nachdem durch Gerichtsurteil der Ausdruck „Bache" als strafbare Beleidigung qualifiziert worden ist, erwarten darf, daß diese den französischen Blättern lieb gewordene Bezeichnung, die noch immer nicht aus den Spalten der Blätter verbannt ist, endgültig aus ihnen verschwindet und einer dem internationalen Verkehrsion mehr angepaßteren Redewelse Platz macht?

Ein eigenartiger Fall des Tauschhandels wird aus Ungarn gemeldet. Dort haben die Barbiere der kleinen Stadt Orosbea in ihrem Verein beschlossen, ihre Kunden in Zukunft nicht mehr gegen Barzahlung, sondern nur gegen Naturalien zu bedienen. Nach diesem „Naturalartikel" der Barbiere kostet ein Jahresabonnement für wöchentlich einmaliges Rasieren einen Zentner Weizen oder drei Zentner Mais; dasselbe Abonnement kostet bei Bedienung in der Wohnung des Kunden anderthalb Zentner Weizen oder fünf Zentner Mais. In gleicher Weise wird natürlich auch das Haarschneiden und Kopfwaschen bezahlt. Die Barbiere von Orosbea sind also nicht nur die Schöpfer einer originellen Idee, sondern auch klare Kaufleute, denn sie ziehen natürlich Naturalien dem wertlosen, mit Zahlen bedruckten Papier vor.

Das Familienkino. Die „Lichtbild-Bühne" bringt ein Interview mit S. Goldwyn, in dem dieser amerikanische Filmmagnat eine recht verständige Auffassung über das Wesen des Kinos hören läßt. Das Kino, so meint er, müsse, als billigstes Volksunterhaltungsmittel, zu einer Familienstätte werden; die Lichtbilder müßten natürlich dementsprechend so beschaffen sein, daß sie jede Zensur von vornherein überflüssig machten. So würde auch das Kino zum wirksamsten Mittel gegen den Bolschewismus werden.

Filme für die Landbevölkerung. Unter dem Namen „Wanderlichtspiele des Deutschen Kriegerbundes" hat der rund 20 000 Vereine mit über 1½ Millionen Mitgliedern umfassende Deutsche Kriegerbund eine Organisation geschaffen, die es ermöglicht, die besonders auf dem Lande verbreiteten Vereine und damit die Landbevölkerung überhaupt mit guten Kinodarbietungen zu versorgen. Durch die Einrichtung der Wanderlichtspiele soll versucht werden, insbesondere auf dem platten Lande gute Unterhaltungsfilme und belehrende Kulturfilme zu verbreiten. Die Wanderlichtspiele stellen den Vereinen ihre Einrichtungen zum Selbstkostenpreis zur Verfügung, so daß auch dem kleinsten Verein möglich sein wird, mit außerordentlich geringen Unkosten in in regelmäßiger Wiederkehr eigene erstklassige Filmvorführungen zu geben.

Der Bock als Gärtner. Im Mai vergangenen Jahres wurde in Heidelberg eine neue Wach- und Schließgesellschaft unter der Firma „Reform" gegründet, als deren Direktor ein ordensgeschmückter, mit einer blauen Artillerieuniform, weißen Glacéhandschuhen und einem gewaltigen Degen bekleideter Herr Heinrich Bartels aus Sulzbach fungierte. Er schloß eine ganze Anzahl Verträge ab, die ihm große Gewinne einbrachten und kassierte auch selbständig die Abonnementsbeträge, die er alsbald in Vergnügungsreisen und Seitgelagen in einer dortigen Diele anlegte. Die Herrlichkeit nahm ein rasches Ende, als die Polizei sich mit dem „Herrn Direktor" des Näheren beschäftigte und so hatte sich dieser jetzt vor der Strafkammer wegen mehrfachen Betruges und Unterschlagung zu verantworten. Die Verhandlung ergab, daß die braven Heidelberger den Schutz ihrer Behausungen und Geschäfte einem „schweren Jungen" anvertraut hatten, der nicht weniger als zehnmal wegen Urkundenfälschung, Unterschlagung und zwölfmal wegen Betruges und ähnlicher Vergehen in Mannheim, Saarbrücken, Basel, Mainz, Nürnberg und anderen Orten vorbestraft war. Für seine in Heidelberg begangenen Betrügereien erhielt der „Reformdirektor" sieben Monate Gefängnis.

Mehr Licht oder Steuerstreik. Die Gewerbetreibenden des Großberliner Ortsteiles Rummelsburg haben an den Magistrat eine Eingabe gerichtet, in der sie sich über die gewaltige Zunahme der Einbrüche und Diebstähle im Rummelsburger Bezirk beschweren. Die Bewohner des Stadtteils wären geradezu schutzlos. Im letzten Jahre sind fast sämtliche Geschäfte des Ortsteils, einige sogar mehrfach, von Einbrechern heimgesucht worden. Es vergehe fast keine Nacht, wo nicht Waren im Werte von 50—100 000 Mark von Verbrechern erbeutet werden. Alle Vorstellungen bei der Kriminalpolizei seien ohne Erfolg geblieben, weil die Beleuchtung der Gegend, namentlich in der Schiller- Markt- und Türrschmidtstraße die denkbar schlechteste sei und geradezu als Anreiz für Diebe und Einbrecher wirke. Die Petenten erklären, daß sie sich gezwungen sehen, die Zahlung der Gewerbesteuer einzustellen, falls nicht für ausreichende nächtliche Beleuchtung ihres Bezirkes gesorgt wird. — In verschiedenen Orten des Freistaates Sachsen beabsichtigen die Wirte einen Streik gegen die Vergnügungssteuer. Sie haben sich geeinigt, im Hinblick auf die hohen Steuern auf Veranstaltung von Tanzvergnügungen und dergl. zu verzichten.

Der wegen Ermordung eines Gendarmen zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte 33jährige Arbeiter Pott ist vor einigen Monaten aus dem Zuchthaus Lichtenberg entsprungen und trieb sich seitdem in Oberhessen und in Frankfurt herum. Seit einigen Tagen hielt er sich in einem Hause in Frankfurt auf, wo er durch zwei junge Burschen versteckt gehalten wurde. Als gestern vormittag Beamte den Ausbrecher festnehmen wollten, schoß er auf sie; die Beamten erwiderten das Feuer und töteten Pott durch einen Schuß.

Handgranatenunglück. Nach der Beerdigung der bei der Essener Unruhen ums Leben gekommenen Polizeibeamten entfiel einem Polizeibeamten eine Handgranate. 14 Beamte wurden verletzt, drei von ihnen sind bereits gestorben.

Der internationale Bahnhof in Domo d'Ossola an der schweizerisch-italienischen Grenze ist abgebrannt. Die Feuersbrunst vernichtete die schweizerischen und italienischen Zollämter. In den Magazinen waren sehr viele Transitwaren aufbewahrt. 12 400 Postpakete sind verbrannt. Man glaubt, daß das Feuer durch eine in das Exportmagazin geworfene Brandbombe entstanden ist. Der Verkehr mit der Schweiz ist eingestellt.

Marineminister und Redakteur. Der frühere amerikanische Marineminister Daniels, der bei Hardings Amtsantritt am 4. März sein Amt niederlegte, ist von Beruf Redakteur und Leiter eines in Raleigh (Nordcarolina) erscheinenden Blattes. In dieser Eigenschaft nahm er — 14 Tage nachdem Hardings Amtsantritt — an dem üblichen Presseempfang im Marineministerium teil. Er trat dort in Reih und Glied mit den übrigen Journalisten an. Bescheiden klopfte er an die Tür seines früheren Amtszimmers. Sein Amtsnachfolger Denby begrüßte ihn mit: „Guten Morgen, Herr Minister". „Bitte sehr, Herr Redakteur!" lautete Daniels selbstbewußte Antwort.

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Marsella; für den volkswirtschaftlichen und den örtlichen Teil sowie für Provinzialnachrichten: Eugen Brinkmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage: Martin Beuchmann; Vermischtes, Gerichtl usw.: Dr. Karl Baer; für Sport: Curt Graf; für den Anzeigenteil: F. Geerlings, Verlag: Saale-Zeitung G. m. b. H. Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

CREME CLCAYA
legt strend, von köstlichem Wohlgeruch, macht die Haut weich wie Sammet. Eine Wohltat nach dem Rasieren, Vorzüglich als Abschminkmittel und Puderlage vor dem Puder. Tube
M 4.00. Dose M. 12 — und M. 23.—. Überall erhältlich.
JÜNGER & GEBHARDT, BERLIN S. 14.

Universität Frankfurt a. M.
Das Vorlesungsverzeichnis für das am 13. April beginnende Sommersemester ist von der Buchhandlung Blazek & Bergmann, Goethestr. 34, gegen Voreinsendung von Mk. 2.40 zu beziehen. Postscheck-Konto 11746 Frankfurt a. M.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210403014/fragment/page=0003

Wie sie ist! A.: „Sie kennen Frau Barnlen. Sagen Sie mir, wie sie ist." — B.: „Nun, sie ist eine Frau von sechzig Jahren, sieht aus wie fünfzig, denkt wie vierzig, kleidet sich wie dreißig und flirtet wie zwanzig." (London Opinion.)

Der schlechte Aufsatz. Lehrer: „Johnnie, dein Aufsatz ist der schlechteste in der ganzen Klasse. Ich werde es deinem Vater mitteilen." — Johnnie (gleichmütig): „Tun Sie's nur. Vater hat mir den Aufsatz geschrieben." (Answers.)

Kunst und Wissenschaft.

Uraufführung der Oper „Hochzeit" von F. A. Koehler. Aus Rudolstadt wird uns berichtet: Im hiesigen Landestheater, an dessen Dirigentenpult fast ein Jahr hindurch Richard Wagner saß, gelangte eine von ihm nachgelassene Textidee zu einer Oper „Hochzeit" zur Aufführung, die von dem inzwischen verstorbenen Wiener Lovosky zu einem dreiaktigen Werke ausgestaltet und von dem Geraer Komponisten F. Albert Koehler vertont worden ist. Die Oper erwies sich bei ihrer Uraufführung vor vollbesetztem Hause als sehr wirkungsvoll. Sie ist gut instrumentiert, aber nicht frei von Wagnerschen Einwirkungen. Von Richard Wagner selbst sind seinerzeit bei Breitkopf und Härtel einige Nummern aus der „Hochzeit" erschienen. Er führte das Werk seiner Vollendung nicht entgegen, weil nach dem zweiten Akt eine höhere dramatische Wirkung nicht mehr zu erzielen war. Man hatte unbedingt auch bei der hiesigen Aufführung den Eindruck, daß die Oper mit dem zweiten Akt (Fenstersturz des Cadolt) ihren Höhepunkt erreicht hat, so daß sich der letzte Akt eigentlich erübrigte. Dieser Akt ist nur eine Leichenfeier für den durch Ada aus dem Fenster gestürzten liebestollen Ritter. Das Werk war musikalisch gut vorbereitet und fand eine ausgezeichnete Wiedergabe durch Frl. Müricke (Ada), eine junge, vielversprechende Ansängerin, Kurt Richter (Arindal) und Kurt Joachim Baum (Cadolt). Viel Dank schuldet der Komponist auch dem Kapellmeister Römer-Baltic für seine Arbeit und dem Landesorchester für die verständnisvolle Einfühlung in das Werk.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Die Reichswehr ist bereit.

Berlin, 2. April. (Amtlich.) In der Oeffentlichkeit ist vielfach die Ansicht verbreitet, daß die Reichswehr durch Verfügung der Regierung gehindert sei, an der Niederwerfung des Aufruhrs in Mitteldeutschland und der Säuberung des Gebietes von Verbrecherbanden mitzuwirken. Diese Auffassung ist irrig. Die Reichswehr ist seit Ablauf der für ihre Heranziehung technisch erforderlichen Zeit im Umkreise des bedrohten Gebiets bereit gestellt. Sie dient der Absperrung des Gebiets und hat in verschiedenen Orten besondere Aufträge durchgeführt. Für die eigentliche Säuberungsaktion des Gesamtgebiets ist die Reichswehr nach ihrer Organisation weniger geeignet, als die zu solchen Unternehmungen ausgebildeten Mannschaften der Schutzpolizei. Trotzdem ist die Reichswehr selbstverständlich beauftragt, nötigenfalls der Zivilverwaltung Hilfe zu leisten, wo dies ohne Schaden für ihre Aufgabe möglich ist, also namentlich in der Nähe ihrer Aufstellung.

Amerika und die Reparationsfrage.

DA. Berlin, 2. April. (Eig. Drahtnachricht.) Zu den Meldungen über eine amerikanische Vermittlung in der Entschädigungsfrage wird der „Dena" von amtlicher Stelle erklärt, daß Verhandlungen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung über die Reparationsfrage bisher nicht stattgefunden haben. Auch sien zwischen den beiden Regierungen bestimmte Projekte eines Reparationsplanes im gegenseitigen Meinungsaustausch bislang nicht erörtert worden. Wohl aber habe zwischen dem Reichsminister Dr. Simons und dem amerikanischen Kommissar in Berlin Mr. Dresel eine Besprechung stattgefunden, bei der der deutsche Standpunkt in der Reparationsfrage dem amerikanischen Vertreter eingehend dargelegt und ihm, wie bei solchen diplomatischen Besprechungen üblich, ein sog. Aide-Mémoire, eine kurze schriftliche Fixierung der deutschen Gedankengänge überreicht wurde.

Die Tschechoslowakei wünscht die Abtretung der Stadt Ziegenhals.

DA. Ziegenhals i. Schl., 2. April. (Eigene Drahtnachricht.) Wie der Landrat von Neisse den städtischen Behörden von Ziegenhals mitgeteilt hat, beabsichtigt die tschecho-slowakische Regierung, bei der Entente zu beantragen, daß jetzt nach der Abstimmung in Oberschlesien die Stadt Ziegenhals noch nachträglich an die Tschecho-Slowakei abgetreten werden soll. Falls die Entente diesen Antrag ablehnen sollte, wird die Regierung der Tschecho-Slowakei zum Tausch einen Teil des Gebietes von Jauernig anbieten. Entsprechende diplomatische Schritte der Tschechen bei der Entente wie bei der deutschen Regierung stehen bevor. Der Magistrat von Ziegenhals hat beschlossen, gegen dieses Verlangen der Tschecho-Slowakei entschieden zu protestieren. Die Stadtverordnetenversammlung trat diesem Protestbeschlusse einstimmig bei. Eine Kundgebung der gesamten Bürgerschaft wird vorbereitet.

Königswahl in Ungarn am 20. August.

DA. Basel, 2. April. (Eig. Drahtnachricht.) Die schweizerischen Blätter berichten aus Budapest, daß in der gestrigen Gesamtsitzung des ungarischen Kabinetts beschlossen worde, die Königswahl in Ungarn für den 20. August anzuberaumen. Die ungarische Nationalversammlung habe beschlossen, gegen den Obersten Lehar, den Oberstleutnant Pronay und den ehemaligen Ministerpräsidenten Andrassy einen Haftbefehl wegen Landesverrat zu erlassen mit der Begründung, daß sie den Bestrebungen des Exkaisers Karl Vorschub geleistet haben.

FREYBERGS

ca. 13% starkes Getränk nach Art meines alten

Deutschen Porter

empfiehlt sich selbst durch seinen hohen Nährwert, Wohlgeschmack u. Bekömmlichkeit

Aerztlich empfohlen:

Blutarmen, stillenden Müttern, Kranken und Genesenden,

sowie allen, denen an der Erhaltung und planmässigen Auffrischung der Kräfte gelegen ist.

Freybergs Brauerei

gegr. 1816.

Erhältlich in allen durch Plakate kenntlichen Gastwirtschaften und einschlägigen Geschäften.

BANKHAUS

Fritz Emil Schüler

DÜSSELDORF

Kaiserstr. 44, am Hofgarten

Fernsprech-Anschlüsse: Nr. 4372, 2628, 8664, 8665, 5979, 5403, 12053 für Stadtgespräche. Nr. 735, 7353, 7354 16295, 16384, 16385, 16356 16452, 16453 für Ferngespräche.

Telegr.-Adresse: Effektenschüler.

Kohlen-, Kali-, Erzkuxe Unnotierte Aktien und Obligationen Ausländ. Zahlungsmittel Akkreditive Scheckverkehr.

Ausführliche Kursberichte.

Mitglied der Düsseldorfer, Essener u. Kölner Börse. Ausführung von Wertpapieraufträgen an allen deutschen und ausländischen Börsen sowie sämtlichen bankgeschäftlichen Transaktionen.

Permalton-Nährextrakt,

ein naturreiner, aus besten Vegetabilien hergestellter Extrakt von höchstem Nährwert für „Kranke und Gesunde" in jedem Lebensalter.

Malz- und Nährextrakt-Werke, Aktiengesellschaft, Braunschweig.

Alleiniger Grossvertrieb für die Bezirke Merseburg und Erfurt: C. M. Hille, Halle a. d. Saale, Fernsprecher 6029, Lindenstraße 13.

Patentanwaltsbüro Sack,

Leipzig, Brühl 2.

Rolladen Jalousien Markisen

liefert und repariert Fach-Firma

Hönemann

Sternstr. 8, Ecke Kleine Brauhausstr. Fernspr. 3631 u. 5849.

Alleebäume

in Prachtexemplaren: Linden, Ahorn, Ulmen, Eichen, rot- u. weißblüh. Kastanien, Blutbuchen, edlere Eberesschen, Fliederkronenbäumchen, Schneeballkronenbäumchen, Rosenstämme in immerblühenden Prachtsorten

Obstbäume,

starke, großfrüchtige Walnußbäume, starke bereits tragende Apfelspaliere und Birnenpyramiden, Stachelbeeren, Himbeeren, Johannisbeeren, Brombeeren, Weinreben 2c. Preislisten kostenfrei.

Ed. Poenicke & Co., m. b. H., Baumschulen in Delitzsch.

Ein schöner Fuß wirkt hässlich

wenn die Schuhe nicht fein geputzt sind —

Schuhkrem Pilo-Extra

(mit Terpentinöl hergestellt) gibt sofort eleganten Hochglanz

DIEBSTAHL

verhütet unser

HAKA-Schreibmaschinen-Sicherheitsschrank

aus Siemens-Martin-Stahl,

für 3, 4 und 5 Maschinen, auch als Geld-Bücher- u. Dokumentenschrank zu verwenden Unentbehrlich für jedes Büro. Ausführliche Prospekte gratis.

Hebron & Kühn, Maschinenfabrik,

Berlin N. 58, Schönhauser Allee 132.

Vertreter an allen Plätzen gesucht

Ostseebad Zoppot,

die nordische Riviera.

Erstklassige See- und Warmbäder. Reichhaltiges Vergnügungsprogramm. Grosse Sportwoche, Theater, Waldfestspiele. Elegante Spielsäle. Prospekte frei durch die Badekommission.

Reins Durchschreibe-Bücher. Eduard Rein, Chemnitz. Reins farbpapier.

Solbad Fürstental

Robert-Franz-Straße 10

Stark radiumhaltige Solquelle und alle medizinischen Bäder

Offene Stellen

Süddeutsche Lackfabrik

mit erstklassigen, konkurrenzlosen Fabrikaten, sucht für ihre Generalvertretung (Sitz Magdeburg) an allen Plätzen arbeitsfreudige Herren als

Vertreter.

Größte Verdienstmöglichkeiten. Bei gutem Umsatz spätere feste Anstellung zugesichert. Offerten unter L. W. 354 an Ann.-Exp. Carl Kurth, Magdeburg, Poststraße 16.

Speisezimmer fr. alten Meistern

Gebr. Bethmann

Werkstätten für Wohnungskunst

Halle a. Sa.

Gr. Steinstr. 79/80

Bernh. Grunwald,

Rathausstrasse 2. Möbel-Fabrik u. -Magazin. Fernsprecher 6759.

Ständige Ausstellung von Empfangs-Damenzimmern, Ess-, Wohn-, Schlaf- u. Herrenzimmern, Küchen in grosser Auswahl, sowie einzelnen Gebrauchs- und Ziermöbeln zu reellen billigen Preisen

Der Verkauf findet nur Rathausstr 2, neben Bauers Brauerei statt

MARMOR

in allen Farben, für jeden Zweck

ALBERT SCHLOTT, HALLE

FERNSPRECHER 3171 u. 4306

Tüchtiger Fachmann (Christ)

der Eisen- und Drahtwarenbranche für Korrespondenz und Büroarbeiten von Eisengroßhandlung zum baldigen Antritt gesucht. Bewerber, die an flottes, selbständiges Arbeiten gewöhnt sind und ein größeres Personal zu leiten verstehen wollen Angebote mit Lebenslauf, Lichtbild und Zeugnisabschriften unter Angabe der Gehaltsansprüche und des Eintrittstermins senden unter A. W. 189 an Rudolf Mosse, Magdeburg.

Abteilung C

Hallesche Röhrenwerke Akt.-Ges.

Halle a. S., Fernsprecher 6903.

Centralheizungen

aller Systeme.

Fabrik- u. Grossraum-Heizungen.

Eigene Rohrhütte.

Stellengesuche

Fleischer, 33 Jahre, verh., mit einem Kind u. gut. Zeugnissen, sucht b. sofortig. Antritt Festanstellung irgend welcher Art. War schon a. Dienst tätig. Freie Wohnung angenehm. Off. unt. L. 3798 an d. Exped. d. Ztg. erbeten.

Für ein hiesiges kaufmännisches Büro werden

2 Stenotypistinnen,

die perfekt Maschine schreiben, zum 1. Mai gesucht. Off. unter S. 3804 a. die Exped. dieser Zeitung.

Mond-Extra

Klingen Rasierapparate

BÜCHNER WERKE A.G. BERLIN SW 61 • BELLE ALLIANCESTR. 92 ZU HABEN IN DEN EINSCHLÄGIGEN GESCHÄFTEN

Wangeroog (Insel) Nordseeschule Wangeroog (Insel)

Priv. höhere Knaben- u. Mädchenschule — Landerziehungsheim.

Für Kinder aller Schularten, besonders für Erholungsbedürftige, auch für solche, die nach einer gewissen Zeit zur öffentl. Schule zurückkehren und keine Zeit verlieren wollen. Tüchtige Lehrkräfte, beste Verpflegung. Seebad. Prospekt.

Dampf-Waschanstalt Halloria

Marienstraße 2

2 Minuten v. Bahnhof entfernt.

Telephon 5692.

Spezialität: Herren-Stärke-Wäsche.

Famil.-Roll- u. Maschinenwäsche n. Gew. u. Stück

Perfekte Buchhalterin und Korrespondentin

zur Besetzung eines selbständigen Postens für die amerikanische Buchführung z. 15. April od. früher gesucht. Bedingung: Gebildete Dame aus guter Familie, mit höherer Schulbildung absolute Vertrauenswürdigkeit, Beherrschung des Buchwesens, mehrjährige Praxis in gleicher Stellung, flotte Stenographie, beste Zeugnisse u. Empfehlungen. Gehalt wird dauernd zufriedenstellende Stellung. Angeb. m. Lebens-L. u. Bild e.

Th. Bauch Nachf., Oschatz, Baugeschäft.

Geschlechtsleiden

all Art auch chron. behandl. d. seit viel. Jahr. sich gut bewährt. Timm's Kräuterkuren, o. Spritzen, o. Quecks. und o. Salv., o. Berufsstör. Viele Dankschreiben. Ausführl. Broschüre gegen Mk. 1.50 versendet diskr. Dr. M. A. Kaueiser. Hannover, Braunschweig. Str. 2.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210403014/fragment/page=0004